



Regierungsratsbeschluss vom 30. November 2021

Teilrevision der Radio und Fernsehverordnung; Vernehmlassung

P211298

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf zur Weiterleitung an das Bundesamt für Kommunikation.

Begründung

Der Regierungsrat steht einer Medienförderung, insbesondere vor dem Hintergrund der rückläufigen Werbeeinnahmen und zur Sicherung der Service public-Leistung, prinzipiell positiv gegenüber. Jedoch sollte sichergestellt sein, dass Massnahmen zur Unterstützung des Service public nicht auf Kosten jener Marktteilnehmer umgesetzt werden, die bereits bisher einen Beitrag dazu leisten. In Anbetracht der Ungewissheit über den Ausgang des Referendums zum «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» sind die Folgen der vorgeschlagenen Revision der Radio- und Fernsehverordnung nicht abschätzbar. Der Regierungsrat fordert daher, dass die Teilrevision auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und der Verordnungsentwurf grundlegend überarbeitet wird.

